Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 270 — 97. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 19. November 1938

Wirtschaft ohne Juden

Die meisten Beschäftigten in Industrie und Handwerk Nutzbringende Arbeit für Gigolos — Frühzeitig Weihnachtsgeschenke kaufen!

Wirtschaft ohne Juden. Was das bedeutet, wird vielleicht erst dann klar, wenn man bedenkt, daß es seit rund 2000 Jahren eine deutsche Wirtschaft ohne Juden nicht gab. Stets haben die Juden im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes eine verderbliche Rolle gespielt. Als „Hofjuden" in Verbindung mit einem volksfremden fürstlichen Absolutismus vermochten sie ebenso verderbnisvoll zu wirken, wie sie als „Hofjuden" halsabschneiderischen Stils den deutschen Bauern und Landwirt um seine ererbte Scholle brachten. Der Deutsche arbeitete, hungerte und darbte, während der Jude praßte. Und schließlich gab es nicht einmal Arbeit mehr für den Deutschen, weil das von Juden geleitete Kapital nach der von Juden erdachten „Wirtschaftslehre" es für „rentabler" hielt, nicht arbeiten zu lassen. Der jüdische Mord in Paris hat nun die Entwicklung in Deutschland, die die Entfernung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben anstrebte, gewaltig vorangetrieben. Als Vergeltung für das ruchlose Pariser Attentat wird es nach dem 1. Januar 1939 in Deutschland keinen jüdischen Einzelhandel mehr geben. Die bisher jüdischen Einzelhandelsgeschäfte werden jedoch nicht wahllos in deutsche Hand übergeführt werden. Auch hier gilt der Grundsatz, daß nichts zerstört werden darf, was im Wirtschaftsleben eine eigene Notwendigkeit besitzt. Es ist anzunehmen, daß etwa zwei Drittel der ehemals jüdischen Geschäfte verschwinden und nur ein Drittel übrigbleiben wird. Hinsichtlich der leitenden jüdischen Angestellten in der Wirtschaft hat die Festlegung einer sechswöchigen Kündigungsfrist volle Klarheit gebracht. Durch die Entfernung der Juden aus den Genossenschaften ist endlich auch der Mißstand beseitigt, daß jüdische Mieter von Baugenossenschaften nicht aus ihren Wohnungen entfernt werden konnten. Was schließlich die Kontributionszahlung anbetrifft, die besser als Buße zu bezeichnen ist, so steht ihre Höhe durchaus in angemessenem Verhältnis zu dem jüdischen Vermögen, das bei 700 000 Juden nach Abzug aller Schulden 7 bis 8 Milliarden Mark beträgt. Mit diesen Maßnahmen ist aber das deutsche Judenproblem noch nicht endgültig gelöst. Man wird vielmehr damit rechnen müssen, daß bis zum Ende des Jahres weitere Maßnahmen zur Ausschaltung des Judentums aus allen noch nicht betroffenen Wirtschaftszweigen vorbereitet werden. Das gilt beispielsweise für den Großhandel und den Ein- und Ausfuhrhandel. Soweit er sich in jüdischen Händen befindet, wird er gleichfalls liquidiert werden müssen. Aber da besonders unsere Ausfuhr nicht durch unvorsichtige Eingriffe zerstört werden darf, so wird man hier behutsam zu Werke gehen. Dafür bürgt Görings geschickte Hand.

Als Ergebnis der Arbeitsbucherhebung vom 25. Juni 1938 wird die Aufgliederung der Arbeitsbuchpflichtigen nach den Wirtschaftszweigen, in denen sie beschäftigt sind, bekannt. Am Stichtag standen 20,7 Millionen Arbeiter und Angestellte in arbeitsbuchpflichtiger Beschäftigung, und zwar 14,2 Millionen Männer und 6,5 Millionen Frauen. Dabei ist die Feststellung besonders interessant, daß in der Industrie und im Handwerk 1933 7,1 Millionen Beschäftigte gezählt wurden. Bei der Arbeitsbucherhebung in diesem Jahre wurden in dieser Wirtschaftsabteilung 11,8 Millionen Arbeiter und Angestellte ermittelt, und zwar 9,4 Millionen Männer und 2,4 Millionen Frauen. In der Industrie und im Handwerk sind nicht weniger als 57 v. H. aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten erfaßt, während es 1933 nur 49 v. H. waren. In der Land- und Forstwirtschaft sind 2 164 000 Arbeiter und Angestellte und im Bau- und Baunebengewerbe 2 071 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Es ist bekannt, daß der gewaltige Wirtschaftsaufschwung in Deutschland dazu geführt hat, daß Arbeitermangel in Deutschland eingetreten ist. Daher gehen die Bestrebungen im Rahmen des Vierjahresplanes dahin, alle deutschen Volksgenossen in nutzbringender Arbeit einzusetzen. So sollen die 3000 Eintänzer durch die Arbeitsämter anderen Berufen zugeführt werden. Die armen kleinen Gigolos, die bisher Abend für Abend den dicken Gattinnen tanzfauler Männer die Rhythmen moderner Tänze beizubringen suchten, sollen künftig in volkswirtschaftlich wertvoller Arbeit beschäftigt werden. Unter den 3000 vorhandenen Eintänzern wird sich sicherlich mancher brave Schlosser, Schreiner oder sonst ein Facharbeiter befinden. Diese ihren wirklichen Berufen wiederzuzuführen, ist ein höchst verdienstvolles Werk, auch wenn die lackierten Fingernägel dabei ramponiert werden sollten. Nach einer kurzen Eingewöhnungszeit wird der neue Facharbeiter sehr bald nicht nur mehr verdienen, sondern er wird auch ein ganz anderes Selbstbewußtsein bekommen. Diese Maßnahme zeigt, daß die Wirtschaftsführung Ernst macht mit der Mobilisierung aller Reserven, die sich für den Arbeitseinsatz noch erschließen lassen. Vielleicht ist es darüber hinaus auch nicht mehr nötig, daß beispielsweise vor den Pforten der Nachtlokale immer noch stattliche Männer in den besten Jahren als sogenannte „Rausschmeißer" postiert stehen, und Scheinarbeit ist wohl auch die Arbeit der vielen Schnürsenkel-, Krawatten- und Postkartenhändler, die in den Städten immer noch die Passanten belästigen. Es gibt viele in Deutschland, die an anderer Arbeitsstelle viel nutzbringender angesetzt werden könnten.

Und zum Schluß eine Mahnung an Seine Majestät den Kunden. Es sind nur noch wenige Wochen, und das Weihnachtsfest ist da. Da sollten es sich die meisten überlegen, ob sie nicht jetzt schon das eine oder andere Weihnachtsgeschenk sich besorgen wollen und nicht erst in dem großen Trubel des Weihnachtsgeschäftes. Der Kunde möge vor allem bedenken, daß er jetzt noch die große Auswahl hat. Wenn alle erst in letzter Minute kaufen, dann ist es natürlich meistens für den Kaufmann kaum noch möglich, neue Ware heranzuschaffen, wenn ein Artikel vergriffen ist. In diesem Jahre kommt weiter hinzu, daß die sonst von fast allen Geschäften für die Weihnachtszeit benötigten Aushilfen nicht mehr zur Verfügung stehen, da diese so gut wie alle in Dauerstellungen vermittelt werden konnten. Daher beherzige jeder die Mahnung: Rechtzeitig die Weihnachtsgeschenke einkaufen! **Bedenke vor den Festen, wer früh kauft, schenkt am besten!**

Das ist unsere eigene Sache!

Wieder britische Einmischung in die deutsche Innenpolitik

Der britische Indienminister Lord Zetland hielt in Torquay eine Rede, in der er sich auch mit den deutschen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden nach dem feigen Meuchelmord des Judenjungen Grünspan an dem jungen Gesandtschaftsrat vom Rath beschäftigte.

In völliger Verständnislosigkeit gegenüber der spontanen Abwehraktion des gesamten deutschen Volkes gegen die neue Herausforderung des Weltjudentums erklärte der Minister, daß seine im Anschluß an München gehegten Hoffnungen durch die Ereignisse der letzten Wochen in Deutschland stark erschüttert worden seien. (!)

Zwar muß auch Lord Zetland zugeben, daß man nur Abscheu für das scheußliche Verbrechen empfinden könne, das der polnische Jude begangen habe, der einen unschuldigen deutschen Diplomaten ermordet habe. Dann aber mischt sich der Lord unbekümmert in die deutsche Innenpolitik.

Er lamentiert, „man stehe bestürzt vor den Vergeltungsmaßnahmen, die Deutschland gegen Tausende von unschuldigen Personen ergriffen habe". Dr. Goebbels habe erklärt, daß die Reichsregierung es nicht wünsche, daß England daran Interesse nehme, wie Deutschland die Judenfrage löse. Für diese eindeutig und in jeder Weise gerechtfertigte Erklärung findet der britische Minister eine im höchsten Grad erstaunliche Erwiderung. Der einzige Kommentar, den er dazu abgeben wolle, so erklärte er, sei lediglich, daß selbst ein solcher Wunsch einer so hochgestellten Persönlichkeit, wie der des Reichsministers für Volksaufklärung, nicht imstande sei, das „Gewissen" eines ganzen Volkes, und zwar nicht nur des englischen, sondern der „ganzen zivilisierten Welt" zu unterdrücken. (!) Schon aus menschlichen Erwägungen erheische das deutsche Judenproblem eine eilige Behandlung auf internationalem Gebiet. Man könne versichert sein, daß die britische Regierung diesem Problem ihre „ernstesten Erwägungen" widme. Dabei soll es aber offensichtlich — wie stets bisher — im wesentlichen bei den „Erwägungen" bleiben, denn der Lord fügt hinzu, daß die britische Regierung bereit sein werde, eine Freistätte innerhalb des britischen Imperiums für „einige" von ihnen zu finden.

*

Daß es Menschen gibt, die immer wieder mit erhobenem Zeigefinger glauben, in irgendeiner Hinsicht Deutschland an die guten Sitten zu erinnern, ausgerechnet Menschen, die dazu nicht den geringsten Anlaß haben, da vor ihrer Tür genug dessen liegt, was sie mit einem eisernen Besen entfernen sollten. Wir haben es uns beileibe nicht herausgenommen, an Dingen Kritik zu üben, die allein das englische Weltreich betreffen. Wir haben auch schon Stimmen — englische Stimmen gehört, die das anerkannt und als „gentlemen like" bezeichnet haben. Daran sollte sich auch der englische Indienminister Lord Zetland erinnert haben, ehe er von den „scheußlichen Vergeltungsmaßnahmen" Deutschlands an den Juden sprach. Wir brauchten ihm jetzt nicht entgegenzuhalten, daß gerade in Indien bei der Kolonisation scheußliche Vergeltungsmaßnahmen angewendet wurden, daß harmlose Inder vor Kanonen gebunden und diese dann abgeschossen wurden, daß Kontributionen gerade ein Mittel der englischen Herrschaft sind. Von deutscher Seite ist immer wieder betont worden, daß Deutschland mit dem englischen Volk Frieden und Freundschaft wünscht. Demgemäß haben wir mit jeder Kritik zurückgehalten, bis wir jetzt durch die englische Kritik gezwungen wurden, in gleicher Tonart zu antworten.

Aeußerungen Simons

In einer Rede vor Regierungsanhängern in Rhyl (Nord-Wales) glaubte auch Schatzkanzler Sir John Simon zur Lage der Juden in Deutschland Stellung nehmen zu müssen. Er teilte mit, daß die Regierung sich mit einer Reihe von Kolonien in Verbindung gesetzt habe, um festzustellen, ob es möglich sei, dort Emigranten aus Deutschland anzusiedeln. Die Regierung sehe die Frage dieser Emigranten als äußerst dringend an und wolle den denkbar größten Beitrag zu ihrer Ansiedlung außerhalb Deutschland erbringen. Gleichzeitig betonte der Minister jedoch, daß man „die Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen in den Kolonien nicht überschätzen dürfe".

Dr. Dieckhoff zurückberufen

Der deutsche Botschafter in Washington zur Berichterstattung in Berlin

❖ **Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Hans Dieckhoff, ist zur Berichterstattung nach Berlin berufen worden.**

Die deutsche Abordnung bei der Trauerfeier für Atatürk.

Der Führer und Reichskanzler wird an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten der türkischen Republik, Kemal Atatürk, durch folgende Abordnung vertreten sein (von links): Reichsminister Freiherr von Neurath, Präsident des Geheimen Kabinettsrates; General der Infanterie List; General der Flieger Felmy; Admiral Carls. (Weltbild-Wagenborg-M.)

Dr. Goebbels spricht in Reichenberg

Der sudetendeutsche Wahlkampf beginnt

Reichsminister Dr. Goebbels begibt sich am heutigen Sonnabend nach Reichenberg, um dort zusammen mit Gauleiter Henlein in einer Massenkundgebung den Wahlkampf für die am 4. Dezember stattfindenden Ergänzungswahlen zum Deutschen Reichstag zu eröffnen.

Die Kundgebung, die 19.30 Uhr in den Reichenberger Messehallen beginnt, wird von den Reichssendern Breslau und Leipzig übertragen.

Dank der Eltern vom Raths

Die Eltern des Gesandtschaftsrates vom Rath und die deutsche Botschaft haben über die französische Presse ihren Dank für die zahlreichen Beileidskundgebungen anläßlich des Ablebens des Gesandtschaftsrates vom Rath zum Ausdruck gebracht, da sie wegen der großen Zahl der Beileidskundgebungen nicht in der Lage sind, sofort auf alle Beileidsbeweise zu antworten.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF